



AMERIKA/VREINTIGTE STAATEN - Bischöfe erinnern an die moralische Pflicht eines Beitrags zum Schutz „des Lebens und der Würde der Arbeitskräfte“

Washington (Fidesdienst) – Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten forderten vom Kongress eine Verlängerung des Arbeitslosengeldes und begründen dies damit, dass eine moralische Pflicht bestehe, einen Beitrag zum Schutz „des Lebens und der Würde der Arbeiter“ zu leisten. Der Vorsitzende der bischöflichen Kommission „Gerechtigkeit und menschliche Entwicklung“, Bischof Stephen Edward Blaire von Stockton (Kalifornien) wandte sich in einem Schreiben an die Parlamentarier, in dem er daran erinnerte, dass „für Millionen Arbeiter und ihre Familien die wirtschaftlichen Probleme immer schwerwiegender werden“. Die Volksvertreter werden in den kommenden Tagen über verschiedene Projekte diskutieren, die eine Verlängerung der Frist für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und die Reduzierung der Steuern auf Gehälter vorsehen. Unter Demokraten und Republikanern herrschen unterdessen unterschiedliche Meinungen zur Finanzierung solcher Maßnahmen und die Fraktionen stellen jeweils verschiedene Bedingungen für die Zustimmung zu den Vorhaben.

„Die katholischen Bischöfe haben bereits seit langer Zeit darauf hingewiesen, dass die wirksamste Art und Weise des Aufbaus einer gerechten Wirtschaft die Schaffung würdigen Arbeitsplätzen mit angemessenen Gehältern ist“, so Bischof Blaire. „Wenn die Wirtschaft nicht ausreichend Arbeitsplätze bereitstellt, dann besteht die moralische Pflicht eines Beitrags zum Schutz des Lebens und der Würde der Arbeitslosen und ihrer Familien“, so Bischof Blaire weiter, der ein „weit verbreitetes wirtschaftliches Unwohlsein“ beklagt. In diesem Zusammenhang weist er auch darauf hin, dass Arbeitslose durchschnittlich 10 Monate brauchen, bis sie einen neuen Arbeitsplatz finden und dass auf jeden freien Arbeitsplatz vier Arbeitssuchende kommen. (CE) (Fidesdienst, 15/12/2011)